Medien/Medienpolitik/Tagungen/ZF

VORRANG **POLITIK**

CDU-Politiker Reinhart fordert neues Medienkonzentrationsrecht - Landesmedienanstalten sorgen sich um Zukunft der Privatsender - (Zweite Zusammenfassung - neu: Stadelmaier, Boudgoust)

Berlin (epd). Der baden-württembergische Medienminister Wolfgang Reinhart (CDU) hat ein neues Gesetz zur Medienkonzentration gefordert. «Die derzeitigen Ausgangsprämissen tragen nicht mehr vorbehaltlos. Sie müssen deshalb überarbeitet werden», sagte der Minister am Mittwoch in Berlin bei einem Symposium der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) zu Überlebensstrategien für das private Fernsehen. Der DLM-Vorsitzende Thomas Langheinrich warnte angesichts der wirtschaftlichen Krise davor, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu stark werden könnten. Der Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Martin Stadelmaier (SPD), sprach sich dafür aus, die Werbung bei den öffentlich-rechtlichen Sendern schrittweise zu verbieten.

Reinhart sagte, bei der Prüfung, ob Medienunternehmen fusionieren dürfen, solle nicht nur wie bisher die Einschaltquote oder Auflage berücksichtigt werden, sondern künftig auch die Reichweite der Medien im Internet einbezogen werden. «Das Medienkonzentrationsrecht muss transparenter und damit voraussehbarer werden», forderte der Minister.

Der DLM-Vorsitzende Langheinrich warnte vor einer Schieflage im sogenannten dualen System der Rundfunksender: «In Zeiten der Krise droht der öffentlich-rechtliche Rundfunk stärker zu werden als die Privaten», sagte er. Er warnte die privaten Medienkonzerne zugleich davor, an der Programmqualität zu sparen. «Auch die privaten Sender müssen einen publizistischen Mehrwert liefern. Ich rate deshalb dazu, im Sinne eines Vollprogramms nicht an den Inhalten zu sparen», sagte Langheinrich.

Der Geschäftsführer von RTL-Interactive, Marc Schröder, sagte in Berlin, seine Sendergruppe verzeichne im Internet erhebliche Abrufe ihrer Programme. Allein auf den Seiten von RTL würden monatlich zwischen elf und zwölf Millionen Videos abgerufen. «Das ist inzwischen eine signifikante Größenordnung», sagte Schröder. Die Abrufe von Beiträgen und Sendungen im Internet werden derzeit nicht bei den von der GfK erhobenen Fernseh-Einschaltquoten berücksichtigt.

Der Privatsenderverband VPRT sprach sich anlässlich der Konferenz gegen weitere Einschränkungen und Verbote für Werbung aus. VPRT-Präsident Jürgen Doetz sagte, die Privatsender könnten nicht akzeptieren, «dass die Bundesrepublik auf der einen Seite Gelder in Milliardenhöhe an notleidende Wirtschaftsbereiche verteilt und auf der anderen Seite Innovations- und Wachstumschancen durch unverhältnismäßige Regulierung zunichtegemacht werden».

Doetz erneuerte die Forderung seines Verbandes, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werbefrei zu halten. ARD und ZDF seien nicht auf Werbung angewiesen. Auch der Chef der für die Medienpolitik der Länder federführenden Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Stadelmaier, sprach sich «für die schrittweise Einführung eines Werbeverbots für ARD und ZDF» aus. Das Sportprogramm
solle allerdings davon ausgenommen werden.

Der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust bezeichnete die Werbezeitbeschränkungen für die Privatsender als entbehrlich. «RTL ist gerade 25 geworden. Da ist man schon aus der Pubertät raus», sagte er. Weniger Regulierung sorge oft für eine Selbstregulierung des Marktes. Im Gegenzug forderte er, «nicht gleich Werbeverbote für das öffentlich-rechtliche Fernsehen» aufzustellen. «Nicht alles, was uns schadet, nützt den Privaten», gab Boudgoust zu bedenken.

epd dan/dir kfr□111729 Mrz 09

□